

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: C. F. W. Schmidt, Dresden.
Telefon: 25 241.
Für den Abdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5200,-
Einzelnummer M. 200,-, Sonntagsausgabe M. 300,-
Die halbjährige 20 mm breite Zeile M. 400,-, außerhalb Sachsens M. 500,-, Familien-
angehörigen und Kleingeldbesitzern unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 150,-
Zugangsgeld laut Tarif. Unzumutbare Anträge gegen Vorauszahlung.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Merseburgerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von C. F. W. Schmidt & Neidhardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Gedrucksachen werden nicht aufbewahrt.

Zweigniederlassung: **Dresdner Handelsbank A.-G.** Dresden, Ostra-Allee 9
Bautzen, Theatergasse 8
In Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstraße 11 — Jahnstraße 8 — Großmarkthalle
Gegründet 1873

Die Garantiebereitschaft der deutschen Industrie.

Die Industrie neben der staatlichen zu einer Zusatzgarantie bereit. — Hauptbedingung: Steigerung der Produktion. — Die Sozialdemokraten fürchten Erschütterung des Achtfundentages. — Lutterbeck verhaftet. — Zwei neue französische Mordtaten in Bochum. — Der Vandal von Essen wegen einer Beschwerde zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Inhalt der Garantiedenksschrift der deutschen Industrieführer.

Berlin, 28. Mai. Ueber den Inhalt der Denkschrift, die die Führer der Industrie dem Reichskanzler übergeben, wird mitgeteilt: Die Industrie geht von der Feststellung aus, daß

Nach und nach in allererster Linie aus Grund des Friedensvertrages die notwendigen Garantien für die Tilgung der Reparationslast an die Alliierten aufzubringen haben.

Dabei wird vor allem Bezug genommen auf alle für diesen Zweck irgendwie geeignete staatliche Substanz, also etwa nicht nur auf die Reichseisenbahn, sondern auch auf die staatlichen Wälder, Domänen usw. Unter der Voraussetzung, daß diese staatlichen Garantieleistungen ausgenutzt werden, erklärt sich der Reichsverband der Deutschen Industrie bereit,

eine Zusatzgarantie

zu leisten, vorausgesetzt, daß nicht nur die Industrie, sondern auch Landwirtschaft, Handel, Banken und städtischer Grundbesitz sich an der Lösung dieses Problems beteiligen. Dem Memorandum liegt die Berechnung zugrunde, daß ein Betrag von insgesamt 500 Millionen Goldmark von privater Seite garantiert werden könnte.

Hierzu würde die Industrie bereit sein, 40 Prozent gleich 200 Millionen zu ihrem Teil zu übernehmen, während der Rest unter den übrigen Faktoren unterverteilt werden müßte. Ueber

die Methode der Durchführung

In jährlichen Umlagen äußert sich das Memorandum im einzelnen nicht. Was den Anteil der Industrie betrifft, so deutet sich der Reichsverband die Verwirklichung des Vorschlags vorwiegend auf der Basis der vorhandenen Immobilienwerte, also der Grundstücke, Gebäude und Maschinenanlagen. In dem Schreiben des Reichsverbandes wird dann ausdrücklich Bezug genommen auf die Note, die das Kabinett Wirth am 14. November letzten Jahres an die Reparationskommission richtete und in der es Sparmaßnahmen und solche zur Erzielung einer hohen Leistungsfähigkeit u. a. vorsah: Aufhebung entbehrlicher Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Ausgabenbeschränkung für unproduktive Zwecke durch gezielte Sparmaßnahmen, produktive Umgestaltung der Reichsbetriebe, allgemeine Produktionssteigerung, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, usw. In dieser Note hatte das Kabinett Wirth ferner gefordert, daß bei Festlegung des Marktkurses die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Der Reichsverband der Industrie fordert nun ebenfalls

Ausgleichsmachung der im Versailler Vertrag erfolgten Aufhebung der Reichsbeschränkungen für Deutschland.

Was den Achtfundentag betrifft, so wird in dem Memorandum des Industrieverbandes festgehalten, daß dessen Aufhebung nicht in Frage komme, daß aber auf eine möglichst große Intensivierung der Produktion Wert zu legen sei und daß darum alle in diese Richtung zielenden Maßnahmen von der Regierung energig angewandt werden sollen.

Von anderer Seite wird noch angegeben, daß der Reichsverband der Industrie betont, daß er an dem Angebot vom 2. Mai keinen Anteil habe, daß die Industrie prinzipiell auf dem Standpunkte stehe, daß nach dem Versailler Vertrag nur die Vermögensobjekte des Reiches haftbar seien. Eine subjektive Haftung der Privatwirtschaft komme nur in Betracht, wenn die Staatsbetriebe entsprechend herangezogen seien. Würden diese, was erforderlich sei, nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitet, so könnten sie eine Garantie bis zur Höhe von 1000 Millionen Goldmark leisten. Soweit darüber hinaus noch Garantien nötig seien, sei die Industrie in der Lage bereit. An Ueber-einstimmung mit dem bereits oben Ausgeführten wird auch hier angegeben, daß unter diesen Umständen die Industrie bis zu einem Gesamtbetrag von 200 Millionen Goldmark jährlich herangezogen werden könne. Die Industrie fordere dafür neben der Freisetzung jeder Zwangswirtschaft und der Außenhandelskontrolle, auch, daß bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtfundentages die volle Tarifvertragsfreiheit hergestellt werden müßte. Ferner solle die Befreiung der Industrie von unproduktiver Lohnbelastung erfolgen.

Berlin, 28. Mai. Wolffs Bureau schreibt: In der Frage der Garantie für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkt der Heranziehung der Wirtschaft zur dringlichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Damit ist ein Schritt von

großer Tragweite getan, den die Reichsregierung als eine Rundgebung des Willens führender Wirtschaftskreise begrüßt, an der Lösung der schwierigen Garantiefrage mit allen Kräften mitzuarbeiten und die für eine brauchbare Regelung des Gesamtproblems erforderlichen Opfer zu bringen. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Bemessung und Verteilung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Verwertung finden können. Denn so sehr es zu begrüßen ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich bereitfinden, an dem zu lösenden Problem mitzuarbeiten, so wenig entbindet dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter der Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände führend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die geforderten Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November 1922 unter weitgehender Zustimmung der Parteien umrissen und von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

Parteibedenken gegen den Plan der Industrieführer.

Berlin, 28. Mai. Heute vormittag haben Beratungen der Regierung mit Vertretern der Großbanken stattgefunden. Morgen werden der Hauptauschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Hauptvorstand des Reichslandbundes tagen. Besonders der Beratung des Landbundes dürfte erhebliche Bedeutung zukommen. Für morgen ist auch eine Sitzung des Kabinetts in Aussicht genommen. Sehr viel hängt dann auch noch von der Stellungnahme der Regierungsparteien zu dem von der Industrie gemachten Plan ab. Wie es heißt, hat man von Seiten der Parteiführer ein ernstliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Freiheit des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemachten Voraussetzungen werden bei der Verwirklichung der angebotenen Garantien dadurch notwendigerweise zum Gegenstand allgemeiner politischer Verhandlungen werden müssen, und zwar auf der Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms. (W. T. B.)

Anerkennung der industriellen Opferbereitschaft durch die Führer der Mittelparteien.

Berlin, 28. Mai. Von parlamentarischer Seite wird mitgeteilt: Die Parteiführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten beschäftigten sich heute bei Besprechung der politischen Lage mit dem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler. In den von der Industrie angebotenen Leistungen sehen die Parteiführer ein ernstliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Freiheit des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemachten Voraussetzungen werden bei der Verwirklichung der angebotenen Garantien dadurch notwendigerweise zum Gegenstand allgemeiner politischer Verhandlungen werden müssen, und zwar auf der Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms. (W. T. B.)

Immer noch Ungewißheit über die deutschen Schritte.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 28. Mai. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß über die von ihr in Erwiderung der Antwortnoten der Alliierten zu unternehmenden Schritte zurzeit noch keine Mitteilungen gemacht werden können, da solche der Sache nur schaden würden. Tatsache ist, daß die französische Presse bereits dabei ist, den deutschen Schritt von vornherein zu diskreditieren. Augenblicklich handelt es sich immer noch nur um Vorbesprechungen.

Kommunistenunruhen in Lübeck.

Lübeck, 28. Mai. Aus Anlaß des gestrigen Divisionsappells der 13. Reserve-Infanteriebrigade auf dem Burgfelde kam es zu Unruhen. Kommunistische Demonstranten, die das Burgfeld betreten wollten, wurden von der Schutzpolizei zurückgedrängt. Als später die Teilnehmer des Divisionsappells von der Einweihung eines Ehrenmales auf dem Burgfelde zurückkamen, durchdrangen Kommunisten die Postenfete der Beamten und gingen mit Gummiknüppeln vor. Nach Verhaftung der Unruhestifter versuchte man die Volksgewalt zu stürmen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Dollar (Amtlich): 62020
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 61500

Die neue sozialistische Internationale.

Am 28. Mai ist in Hamburg die organisatorische Grundlage der neuen „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ (S. A. I.) geschaffen worden und unter den Gläubiglichen von 60 Delegierten aus 30 Ländern, die ihre Beifallsgestimmungen in dem Rufe „Vive l'Internationale!“ vereinten, ins Leben getreten. Vom bürgerlichen Standpunkt aus kann man grundsätzlich zu dem ganzen internationalen Gecne nur die Absicht zuden und sich das verwundern über die Realität des stählerglaubens sozialistischer Kreise, die auch jetzt noch auf die Wirksamkeit internationaler Schaumfänger irgendwelche Hoffnungen zu setzen vermögen. Der Gedanke der internationalen Solidarität des Proletariats zerbrach 1914 wie die Spreu vor dem Winde, als der Kriegesengel in die Posaune blies, und es wird wieder so sein, wenn die Probe zum zweiten Male gemacht werden sollte. Die Kraft des nationalen Moments reißt in solchen physikalischen Augenblicken alle Marxenhäuser zusammen. Dieser notwendige Vorbehalt zeigt von vornherein genugsam die praktische Bedeutungslosigkeit der neuen Schöpfung.

Am Anfang der sozialistischen Internationale steht Karl Marx, dessen Schöpfung in einer Zeit politischer Werden und wirtschaftlichen Bestehens es lediglich zu einer überwiegend theoretischen Existenz gebracht hat. Die zweite sozialistische Internationale hat etwa ein Menschenalter bestanden und eine Reihe praktischer Probleme, den Achtfundentag, die Waiseier, den Weltfriedensgedanken, aufgegriffen. Wie wenig aber auch sie der Wirklichkeit angehöre, zeigt die Tatsache, daß der Sturm des Weltkrieges sie sozusagen über Nacht entwurzelte konnte. Nunmehr steht die Spaltungsarbeit der kommunistischen Internationale ein, die den alleinseligmachenden Bolschewismus proklamirte und eine internationale Zwangsorganisation unter der Diktatur der russischen „Weltrevolutionäre“ anstrebte. Diesem Despotismus, aber auch der Gegenrevolution, die nicht am wenigsten aus der kommunistisch-bolschewistischen Gefahr ihre Stärke gezogen hat, will die S. A. I. ein aktionsfähiges politisches Instrument, eine internationale Gemeinschaft gegenüberstellen, mit der und in der alle Arbeiterparteien arbeiten sollen, die in der Erhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse erkennen. Die unmittelbaren Vorgänger dieser nunmehr vierten sozialistischen Internationale sind der Internationale Gewerkschaftsbund und die im Februar 1921 gegründete Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien mit dem Sitz in Wien. Schon die letztere hat ihre eigentliche Aufgabe darin gesehen, die Voraussetzungen für internationale Aktionen zu schaffen, die ihrerseits die Einigung des internationalen Proletariats zur Voraussetzung haben müssen. Das ist nunmehr auf dem Kongress in Hamburg verwirklicht worden. Aus den fast die ganze vergangene Woche füllenden Verhandlungen, die sehr sorgfältig vorbereitet waren und beachtenswertes Material bieten, ist die S. A. I. mit dem Sitz in London und Tom Shaw, London, und Friedrich Adler, Wien, als internationalen Sekretären hervorgegangen. Der nächste Kongress soll spätestens 1925 stattfinden, spätere Kongresse alle drei Jahre zusammenzutreten.

Programmatische Richtlinien als Einleitung zu den einstimmig angenommenen Satzungen kennzeichnen Weg und Ziel der internationalen Gemeinschaftsarbeit. Nach Punkt 1 des Programms vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Erringung der sozialistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen. In Punkt 2 wird den Grundlag der Führung in allen Fragen von internationaler Bedeutung proklamirt: „Die S. A. I. ist nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.“ Punkt 4 bringt zum Ausdruck, daß die S. A. I. nicht nur ein Instrument für den Frieden, sondern ein solches auch für die Zeit des Krieges sein soll. In dieser Beziehung kennzeichnen Hauptrichtung und Endziel der internationalen Aktionen die Worte Friedrich Adlers: „Was sich einmal ereignete, das wird sich nochmals nicht wiederholen.“ Dieser apodiktische Ausdruck kann nur ein Vögelchen erregen. In der Welt der Wirklichkeit kommt es anders.

Friedensverträge, Ruhrbesetzung und Wiederauf-machung standen naturgemäß im Vordergrund, sie bezeichnen die Höhepunkte der Kongressarbeiten. Der französische Sozialist Léon Blum hat in seiner sachlich-nüchternen Kritik des Vertrages von Versa-